

## Niederschrift

über die 18. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 26.09.2023  
(11. Wahlperiode)

## Tagessordnung

|   | Seite |
|---|-------|
| <b>Öffentliche Sitzung</b> .....  | 5     |
| <b>1 Einwohnerfragestunde</b> .....   | 5     |
| <b>2 Bürgerantrag nach § 24 GO NRW - Durchsetzung der Geschwindigkeitsbegrenzung<br/>Kaarster Straße Vorlage: SB9JR/1746/2023</b> .....   | 5     |
| <b>3 Areal Böhler: Vorstellung der neuen Eigentümergesellschaft / Entwicklung des Areals</b> ....   | 5     |
| <b>4 Digitale Agenda der Stadt Meerbusch "Meer-Digitalisierung" Vorlage:<br/>DezIV/1740/2023</b> .....  | 6     |
| <b>5 Erlass einer Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der<br/>öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Meerbusch Vorlage:<br/>FB1/1762/2023</b> .....          | 6     |
| <b>6 Abschluss einer Städtepartnerschaft mit der ukrainischen Stadt Fastiv Vorlage:<br/>BM/1767/2023</b> .....  | 7     |
| <b>7 III. Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Meerbusch Vorlage:<br/>SB7SZD/1727/2023</b> .....   | 8     |
| <b>8 Bildung eines Sonderausschusses "Schulentwicklung" Vorlage: SB9JR/1761/2023</b> .....  | 8     |
| <b>9 Beteiligungsangelegenheit: Entsendung eines beratenden Mitgliedes in den<br/>Aufsichtsrat der Stadtwerke Meerbusch GmbH und angeschlossener Gesellschaften<br/>Vorlage: BM/1765/2023</b> ..... | 9     |
| <b>10 Änderung der Geschäftsordnung des Rates Vorlage: SB9JR/1760/2023</b> .....  | 10    |
| <b>11 3. Bericht über Erträge und Aufwendungen 2023 im Zusammenhang mit der<br/>Aufnahme und Unterbringung von Schutzsuchenden Vorlage: SB8SFI/0696/2023</b> .....                                  | 10    |
| <b>12 3. Bericht zur Finanzsituation und Finanzschäden 2023 zum 31.08.2023 Vorlage:<br/>SB8SFI/0695/2023</b> .....  | 10    |
| <b>13 Anträge</b> .....   | 11    |

|      |   |    |
|------|---|----|
| 13.1 | <b>Dringlichkeitsantrag der UWG-Fraktion bzgl. Erhalt der Elektrothek Osterath</b> .....                                  | 11 |
| 13.2 | <b>Antrag der UWG/FW - Anfrage an die Deutsche Flugsicherung bzgl. Abflugverfahren<br/>Vorlage: SB9JR/0468/2023</b> ..... | 12 |
| 13.3 | <b>Antrag der UWG/FW - Auswertung der Lärmbelastung durch NIROS Vorlage:<br/>SB9JR/0469/2023</b> .....                    | 13 |
| 13.4 | <b>Antrag der UWG/FW zur Präsentation des Flughafens Düsseldorf vom 06.06.2023<br/>Vorlage: SB9JR/0470/2023</b> .....     | 13 |
| 14   | <b>Anfragen</b> .....   | 13 |
| 14.1 | <b>Anfrage der UWG/FW - Gestaltung des Hebesatzes Grundsteuer B Vorlage:<br/>SB9JR/0211/2023</b> .....                    | 13 |
| 14.2 | <b>Anfrage der UWG/FW - Umsetzung der EU-Trinkwasser-Richtlinie Vorlage:<br/>SB9JR/0212/2023</b> .....                    | 14 |
| 15   | <b>Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle</b> .....  | 14 |
| 16   | <b>Termin der nächsten Sitzung: 07.12.2023</b> .....  | 14 |
| 17   | <b>Verschiedenes</b> .....  | 14 |

Sitzungsort: Neusser Feldweg 4, 40670 Meerbusch, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:40 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzender**

Herr Christian Bommers Bürgermeister

**von der CDU-Fraktion**

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

Herr Andreas Harms Ratsmitglied Vertretung für Frau Petra Schoppe

Herr Fabian Hasebrink Ratsmitglied

Frau Norma Köser Ratsmitglied

Herr Max Pricken Ratsmitglied Vertretung für Herrn Jonas Kräling

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

**von der SPD-Fraktion**

Frau Nicole Niederdelmann-Siemes Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

Herr Ralph Jörgens Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Joris Mocka Ratsmitglied

Frau Barbara Neukirchen Ratsmitglied

Frau Dr. Karen Schomberg Ratsmitglied

**von der Fraktion GRÜN-alternativ**

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

**von der Fraktion UWG/Freie Wähler**

Frau Daniela Glasmacher Ratsmitglied

**von der Fraktion Die Fraktion**

Herr Marco Nowak Ratsmitglied

**von der Verwaltung**

Herr Andreas Apsel Erster und Technischer Beigeordneter

Herr Michael Marschall Personalrat

Herr Dr. Marc Saturra Leiter Justizariat und Ratsbüro

Frau Bettina Scholten Beigeordnete

Herr Christian Volmerich Stadtkämmerer

Herr Patrick Wirtz Referent des Bürgermeisters

Herr Michael Gorgs Pressereferat

es fehlen:

**von der CDU-Fraktion**

Herr Jonas Kräling

Frau Petra Schoppe

Ratsmitglied

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Bürgermeister Bommers die anwesenden Mitglieder des Ausschusses, Vertreter der Verwaltung, der Presse sowie Gäste.

### **Dringlichkeitsantrag zum Erhalt der Elektrothek Osterath**

Bürgermeister Bommers weist darauf hin, dass seitens der UWG-Fraktion ein Dringlichkeitsantrag zum Erhalt der Elektrothek Osterath vorgelegt worden sei. Vor Eintritt in die Tagesordnung sei darüber zu befinden, ob eine Dringlichkeit seitens des Ausschusses erkannt werde und der Antrag zur Beratung in die Tagesordnung aufzunehmen sei. Entsprechend lässt Bürgermeister Bommers hierüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis:  
einstimmig

Die Dringlichkeit wird somit anerkannt und der Antrag zur Beratung und Beschlussfassung unter TOP 13.1 zur Tagesordnung genommen.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung bestehen nicht.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1 Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen von Einwohner/innen gestellt.

### **2 Bürgerantrag nach § 24 GO NRW - Durchsetzung der Geschwindigkeitsbegrenzung Kaarster Straße Vorlage: SB9JR/1746/2023**

#### **Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt, den Bürgerantrag an den zuständigen Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau zu verweisen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

### **3 Areal Böhler: Vorstellung der neuen Eigentümergesellschaft / Entwicklung des Areals**

Herr Christoph Kahl als Gesellschafter des Eigentümers „Jamestown“ sowie Herr Patric Gellenbeck als Standortleiter des Areal Böhler stellen in einer gemeinsamen Präsentation die Planungen für die künftige Gestaltung sowie neue Nutzungskonzepte des Areal Böhler vor.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Im Anschluss beantworten die Vertreter Fragen aus dem Ausschuss.

Insbesondere das Thema der verkehrlichen Erschließung und Sicherung des Verkehrsflusses unter Betrachtung der geplanten Expansionen wird kritisch betrachtet. Hierzu erstellten die Verantwortlichen des Areal Böhler derzeit ein Mobilitätskonzept, um die Sicherstellung des Verkehrsflusses auf der Böhlerstraße, der Hansaallee sowie den umliegenden Gebieten sicherzustellen. Die multifunktionale Nutzung des Verkehrsraumes auf dem Areal sowie die besondere Fokussierung auf die gute ÖPNV-Anbindung sowie Erreichbarkeit per Fahrrad sollten im Mittelpunkt stehen.

Hinsichtlich des anzusiedelnden Gewerbes stünde insbesondere handwerkliches Gewerbe, das erlebbar gemacht werden sollte, im Vordergrund; eine Konkurrenz zum bestehenden Einzelhandel in Bülberich sowie dem linksrheinischen Düsseldorf sollte nicht geschaffen werden. Die hierzu einschlägigen Einzelhandelskonzepte sollten entsprechende Berücksichtigung finden. Eine Wohnnutzung sei nicht beabsichtigt, inwiefern in Zukunft ein Hotel auf dem Areal angesiedelt würde, könne zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht benannt werden.

#### **4        Digitale Agenda der Stadt Meerbusch "Meer-Digitalisierung"** **Vorlage: DezIV/1740/2023**

##### **Beschlussvorschlag:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat, die Digitale Agenda der Stadt Meerbusch „Meer-Digitalisierung“ zu beschließen und beauftragt die Verwaltung, deren Leitlinien und Ziele zur Entwicklung der digitalen Stadt Meerbusch im Handeln auch zukünftig zugrunde zu legen.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Layout der Agenda insbesondere unter Berücksichtigung des Internetauftritts ansprechend gestalten zu lassen.

##### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Ratsfrau Niederdelmann-Siemes regt an, aufgrund der zahlreichen Überschneidungen und Schnittstellen zu Fachthemen sowie erarbeiteten Konzepten eine Beratung der Agenda in den jeweils zuständigen Fachausschüssen zu führen.

Beigeordnete Bettina Scholten erläutert hierzu, dass mit Blick auf diese Schnittstellen derzeit bereits verwaltungsseitige Abstimmungen anberaumt würden, um eine ausreichende Beratung unter Berücksichtigung der Fachlichkeiten sicherzustellen.

#### **5        Erlass einer Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Meerbusch** **Vorlage: FB1/1762/2023**

##### **Beschlussvorschlag:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch, den Entwurf der „Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Meerbusch“ sowie den Buß- und Verwarnungsgeldkatalog zu beschließen.

Folgende Änderungen des Entwurfes beschließt der Ausschuss:

In §8 (4) der Verordnung wird die im Entwurf bestehende Formulierung wie folgt ersetzt: „Der Konsum von Tabakwaren, Alkohol und anderen Rauschmitteln auf Kinderspielplätzen ist untersagt.“

Im Buß- und Verwarngeldkatalog erfolgen folgende Änderungen gegenüber dem Entwurf:

Unter dem Tatbestand „Unbefugtes Entfernen und Beschädigen von Sträuchern und Pflanzen“ wird das Bußgeld von 70,00 € auf 110,00 € angehoben.

Unter dem Tatbestand „Abstellen von Abfällen neben Wertstoffcontainern“ wird das Bußgeld von 70,00 € auf 110,00 € angehoben.

Der Tatbestand „Umgebung von Imbissbetrieben, Imbissständen, Imbisswagen und Trinkhallen nicht reingehalten“ wird in der Aufzählung um „Supermarktparkplätze“ ergänzt.

Der Tatbestand „Alkoholkonsum, Genuss von Tabakwaren auf Spielplätzen“ wird wie folgt geändert: „Alkoholkonsum, Konsum von Tabakwaren und Rauschmitteln auf Spielplätzen“.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Aus dem Ausschuss werden die unter „Beschlussvorschlag“ aufgeführten Änderungen gegenüber dem Entwurf der Verordnung und des Buß- und Verwarngeldkataloges vorgeschlagen und beraten.

## **6 Abschluss einer Städtepartnerschaft mit der ukrainischen Stadt Fastiv Vorlage: BM/1767/2023**

#### **Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch den Beschluss zur Gründung einer Städtepartnerschaft mit der ukrainischen Stadt Fastiv.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Bürgermeister Bommers führt zu den Inhalten der Beschlussvorlage und den bisherigen Beziehungen zwischen Meerbusch und Fastiv aus.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes regt an, zunächst eine Solidaritätspartnerschaft zu schließen.

Ratsherr Damblon und Ratsherr Jörgens erklären ihre Ablehnung dieses Vorschlages, da der Abschluss einer Städtepartnerschaft per se ein Zeichen der Solidarität darstelle.

Auf Nachfrage nach den Perspektiven, die sich die Stadt von der Partnerschaft erhoffe, führt Bürgermeister Bommers aus, dass bereits verschiedene gegenseitige Projekte im Bereich Musikschule und Schule initiiert worden seien, mit Blick auf die Entwicklungen des Krieges, aber auch darüber hinaus. Verwaltungsseitig bestünden zudem weitergehende Ideen für einen Austausch, u.a. auch um Fördermittel für gemeinsam umzusetzende Projekte zu generieren. Eine Intensivierung des Austausches könne erst perspektivisch mit Blick auf den Krieg erfolgen. Die Anbindung der Ukraine an die

EU werde u.a. durch den Abschluss von Städtepartnerschaften forciert, zahlreiche andere Kommunen hätten sich hierzu auch bereits in Partnerschaften begeben.

## **7 III. Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Meerbusch**

**Vorlage: SB7SZD/1727/2023**

### **Beschluss:**

Der Haupt- Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch, die III. Änderungssatzung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Meerbusch zu beschließen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **8 Bildung eines Sonderausschusses "Schulentwicklung"**

**Vorlage: SB9JR/1761/2023**

### **Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat, einen Sonderausschuss „Zukunft der Schulen“ zu bilden. Neben dem Bürgermeister als Vorsitzendem werden folgende **stimmberechtigten Ratsmitglieder und sachkundige Bürger/innen** sowie folgende Vertreter/innen benannt:

CDU-Fraktion (7 Personen): ...

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (3 Personen): ...

SPD-Fraktion (2 Personen): ...

FDP-Fraktion (2 Personen): ...

Fraktion GRÜN-alternativ (1 Person): ...

UWG-Fraktion (1 Person): ...

Fraktion Die FRAKTION (1 Person): ...

Daneben werden folgende **beratenden Mitglieder** aus dem Ausschuss für Schulen und Sport und folgende Vertreter/innen in den neuen Sonderausschuss berufen:

Vertretung Grundschulen: Frau Anne Weddelling-Wolff (Frau Stephanie Pieper)

Vertretung weiterführende Schulen: Herr Christian Dölls (Frau Dorothee Schiebler)

Vertretung Stadt-Sport-Verband: Herr Peter Dietz (Herr Johannes Peters)

Vertretung Schulpflegschaften: Herr Andreas Trojan (Frau Antje Schwarzburger)



Vertretung evangelische Kirche: Herr Wilfried Pahlke (Frau Karin Schwark)

Vertretung katholische Kirche: Frau Dr. Stefanie Hötteke (Herr Michael Berning)

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Bürgermeister Bommers führt zu den Inhalten der Vorlage aus.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Niegeloh erklärt er, dass durch die Bildung des Sonderausschusses und die Beratung der Themen rund um die Schulbaumaßnahmen in diesem Ausschuss auf eine weitergehende Beteiligung der Ausschüsse für Schule und Sport sowie Klima, Umwelt und Bau verzichtet werden solle. Hierdurch könnten die Prozesse der Beratung und Entscheidung für die jeweiligen Maßnahmen verbessert und zeitliche Synergien geschaffen werden.

Hierzu erklären die Ratsfrauen Niegeloh und Dr. Schomberg sowie Ratsherr Peters sodann, dass die Fachlichkeit des Sonderausschusses zur sachgerechten Entscheidungsfindung in der Form gewährleistet werden solle, als dass auch sachkundige Bürger für eine Mitgliedschaft benannt werden sollten.

Bürgermeister Bommers und Justiziar Dr. Saturra fassen zusammen, dass dem Sonderausschuss durch die Möglichkeit der Besetzung auch mit sachkundigen Bürgern die Möglichkeit eröffnet werden solle, eigenständig und nicht als Unterausschuss des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses Entscheidungen zu treffen. Dem Ausschuss soll dennoch die Möglichkeit offenbleiben, Vorlagen und Beschlüsse zur weitergehenden Beratung in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Bau zu verweisen. Bei der Besetzung des Ausschusses sei zu beachten, dass die Zahl der sachkundigen Bürger/innen die der Ratsmitglieder nicht übersteigen dürfe.

Zudem wird festgehalten, dass der Ausschuss den Namen „Zukunft der Schulen“ tragen solle, da die vorgeschlagene Benennung in Bezug zur Schulentwicklung missverständlich sei.

Dem wird zugestimmt. Die Möglichkeit der Benennung von sachkundigen Bürger/innen als Mitglieder des Ausschusses sowie die Namensänderung werden entsprechend im Beschluss ergänzt.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über den angepassten Beschlussvorschlag abstimmen

**9            Beteiligungsangelegenheit: Entsendung eines beratenden Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Meerbusch GmbH und angeschlossener Gesellschaften**  
**Vorlage: BM/1765/2023**

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch, Herrn Stadtkämmerer Christian Volmerich als beratendes Mitglied in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Meerbusch GmbH, der Stadtwerke Service Meerbusch-Willich GmbH sowie die MW Energy GmbH zu entsenden.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Bürgermeister Bommers führt zu den Inhalten der Vorlage aus. Die wirtschaftlichen Planungen sowie Entwicklungen der Stadtwerke Meerbusch sowie ihrer angeschlossenen Gesellschaften sollten durch die beratende Beteiligung des Kämmerers mit Blick auf die städtischen Interessen intensiver begleitet werden. Die Stadt Willich praktiziere dies bereits seit einigen Jahren.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erklärt, dass trotz des Haltens der Mehrheitsanteile der Stadt an der Stadtwerke Meerbusch GmbH die Ziele des Aufsichtsrates differiert gegenüber den Zielen der Stadt sein könnten. Dies sei bei den genannten Überlegungen der Verwaltung zu berücksichtigen.

## **10 Änderung der Geschäftsordnung des Rates** **Vorlage: SB9JR/1760/2023**

### **Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat, die Geschäftsordnung des Rates vom 13.06.2023 dahingehend zu ändern, dass § 6 Abs. 2 lit. g): „Angelegenheiten, in denen im Einzelfall aufgrund organisatorischer und / oder strategischer Überlegungen der Meinungsbildungsprozess innerhalb der Verwaltung noch nicht abgeschlossen ist (Schutz des behördlichen Entscheidungsbildungsprozesses)“ ersatzlos gestrichen wird.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Bürgermeister Bommers führt zu den Inhalten der Vorlage aus.

Ratsherr Damblon erklärt, dass der Änderung mangels Alternativen zugestimmt werde. Die aufgrund rechtlicher Bedenken nunmehr zu streichende Regelung sei in ihrer Intention durchaus sinnvoll.

Ratsherr Jörgens äußert Kritik am Umgang mit dem Thema; ein etwaiges Rechtsgutachten zur Prüfung der Zulässigkeit vor Beschluss der Geschäftsordnung wäre sinnvoll gewesen.

Ratsherr Peters äußert seinen Unmut über die wiederholt vorgebrachte Kritik an der Einholung eines Rechtsgutachtens durch seine Fraktion.

## **11 3. Bericht über Erträge und Aufwendungen 2023 im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Schutzsuchenden** **Vorlage: SB8SFI/0696/2023**

Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

## **12 3. Bericht zur Finanzsituation und Finanzschäden 2023 zum 31.08.2023** **Vorlage: SB8SFI/0695/2023**

Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Auf Nachfrage der Ratsfrau Niegeloh hinsichtlich der Entwicklung der Gewerbesteuer erklärt Stadtkämmerer Volmerich, dass Schwankungen in der unterjährigen Entwicklung der Steuer durch Zu- und Abgänge in der Veranlagung zustande kämen. Diese fußten auf Festsetzungsbescheiden des

Finanzamtes, die im Laufe des Jahres erlassen würden. Der Ansatz der Gewerbesteuer bilde zu erwartende Erträge ab und keine tatsächlichen Einzahlungen. Daher seien auch unterjährige Schwankungen nicht ungewöhnlich.

## **13 Anträge**

### **13.1 Dringlichkeitsantrag der UWG-Fraktion bzgl. Erhalt der Elektrothek Osterath**

#### **Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beauftragt die Verwaltung, zeitnah Kontakt zur Amprion GmbH aufzunehmen, um auf einen Erhalt der Elektrothek Osterath am bestehenden Standort hinzuwirken.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Ratsfrau Glasmacher führt zum Antrag aus. Sie erkundigt sich, inwiefern im Falle eines Abrisses der Elektrothek eine Genehmigung für einen möglichen Neubau am vorhandenen Standort erteilt werden könne.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel führt aus, dass die Elektrothek Teil der bestehenden Umspannanlage sei, sich jedoch nicht mehr in Betrieb befände. Inwiefern mit Blick auf diesen Umstand und auf die Zielsetzung einer Nutzung als eine Art Museums- bzw. Ausstellungsgebäude eine Genehmigung für einen Neubau an diesem Standort erteilt werden könne, müsse im Rahmen einer konkreten Planung dezidiert geprüft werden.

Bürgermeister Bommers erläutert die aktuellen Gegebenheiten und Sachstände, die im Austausch mit Vertretern des Vereins erörtert worden seien. Demnach werde der Verein zu großen Teilen durch finanzielle Unterstützung der Amprion GmbH getragen. Ein Versetzen der bestehenden Anlagenteile und Ausstellungsstücke, insbesondere aus dem Gebäude der Elektrothek, sei aus technischen Gründen nur sehr eingeschränkt möglich. Der Abriss des Gebäudes sowie die Verschrottung der Ausstellungsstücke stellten nach Aussage des Vereins einen erheblichen Aufwand dar, den Amprion nach Auslaufen des bestehenden Mietvertrages dennoch betreiben wolle. Ein Umzug der Ausstellung sei mit zahlreichen Anforderungen an die Fläche sowie ein potentiell Gebäude verbunden. Ein vollständiger Umzug aller Ausstellungsstücke werde – wenn überhaupt – nur schwer umsetzbar sein. Man habe daher verwaltungsseitig bereits mit Amprion einen ersten Austausch gesucht, um über Möglichkeiten des Erhalts zu beraten - dieser sei jedoch bislang ohne Erfolg verlaufen.

Ratsfrau Köser schlägt mit Blick auf diese Umstände vor, den Antrag dahingehend umzuformulieren, dass gegenüber Amprion ein Verbleib am bestehenden Standort gefordert und verhandelt werden solle. Ein Umzug der Elektrothek an einen anderen Standort sei nicht zielführend.

Auf Nachfrage erklärt Bürgermeister Bommers, dass derzeit keine konkreten Planungen für eine Nachnutzung der Fläche der Elektrothek bekannt seien. Amprion habe sich hierzu bislang nicht näher geäußert, angedacht sei nach ersten Erkenntnissen eine funktionale Anlage. Inwiefern diese genehmigungsfähig sei, könne mangels Informationen oder entsprechenden Anträgen derzeit nicht benannt werden.

Hinsichtlich der Frage der Denkmalwürdigkeit und Unterschutzstellung des Gebäudes erklärt Erster und Technischer Beigeordneter Apsel, dass eine mögliche Denkmalwürdigkeit durch Fachexperten bislang nicht gesehen werde.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über den vorliegenden Antrag in Form einer Aufforderung zur Verhandlung mit Amprion auf Verbleib der Elektrothek am bestehenden Standort abstimmen.

### **13.2 Antrag der UWG/FW - Anfrage an die Deutsche Flugsicherung bzgl. Abflugverfahren Vorlage: SB9JR/0468/2023**

#### **Beschluss:**

Die Beratung und Beschlussfassung zum Antrag wird in die kommende Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses vertagt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Ratsfrau Glasmacher führt zum Antrag aus.

Bürgermeister Bommers erklärt, dass seitens des Flughafens Düsseldorf kurzfristig vor der Sitzung Stellungnahmen und Informationen eingegangen seien, die zur Beratung und Entscheidung zu berücksichtigen seien. Die Stellungnahmen des Flughafens würden den Fraktionen per Anlage zur Niederschrift zur Verfügung gestellt.

Ratsherr Damblon schlägt vor, die Beratung und Beschlussfassung der Anträge unter TOP 13.2 und 13.3 in die kommende Sitzung des Ausschusses zu vertagen. Der Antrag unter TOP 13.4 werde abgelehnt.

Ratsherr Peters verweist auf die Inhalte und Beratung zum Vortrag des Flughafens Düsseldorf in der letzten Sitzung des Ausschusses. Demnach seien mit den verschiedenen Startverfahren unterschiedliche Belastungen entlang der Flugroute festzustellen, woraus sich keine weitergehenden Maßnahmen ergäben. In dieser Sitzung hätte zu etwaigen Kritikpunkten gegenüber den Vertretern/innen des Flughafens durch die antragstellende UWG-Fraktion Stellung genommen werden können, dies sei jedoch nicht umfassender erfolgt.

Bürgermeister Bommers schlägt mit Blick auf die vorliegenden Stellungnahmen zu allen drei vorliegenden Anträgen unter TOP 13.2, 13.3 und 13.4 vor, diese in die kommende Sitzung des Ausschusses zu vertagen. Sodann lässt er über diesen Beschlussvorschlag abstimmen.

*Anmerkung des Schriftführers: Die Stellungnahmen des Flughafens Düsseldorf sind der Niederschrift als Anlage 2 - 4 beigelegt.*

**13.3 Antrag der UWG/FW - Auswertung der Lärmbelastung durch NIROS**  
**Vorlage: SB9JR/0469/2023**

**Beschluss:**

Die Beratung und Beschlussfassung zum Antrag wird in die kommende Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses vertagt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Die Beratung erfolgt unter TOP 13.2.

**13.4 Antrag der UWG/FW zur Präsentation des Flughafens Düsseldorf vom 06.06.2023**  
**Vorlage: SB9JR/0470/2023**

**Beschluss:**

Die Beratung und Beschlussfassung zum Antrag wird in die kommende Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses vertagt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Die Beratung erfolgt unter TOP 13.2.

**14 Anfragen**

**14.1 Anfrage der UWG/FW - Gestaltung des Hebesatzes Grundsteuer B**  
**Vorlage: SB9JR/0211/2023**

Stadtkämmerer Volmerich führt zur Beantwortung der Anfrage aus, dass die Grundsteuer eine Realsteuer zur Deckung von Auszahlungen und Aufwendungen im städtischen Etat darstelle. Die seitens des Bundes im Zuge der Grundsteuerreform genannte „Aufkommensneutralität“ bei der Neuberechnung und -veranlagung beziehe sich auf die Kommunen, nicht auf die Bürgerschaft. Hierdurch solle den Kommunen die fortlaufende und verlässliche Planung der Einzahlungen bzw. Erträge durch die Steuer trotz der Reform der Neuberechnung, gesichert werden. Im Haushaltsansatz des Jahres 2023 seien 11,7 Millionen Euro aus der Grundsteuer B veranschlagt, nach der Reform zum 01.01.2025 solle dieser Betrag im Sinne der Aufkommensneutralität entsprechend zur Verfügung stehen. Hierzu werde den Kommunen im Laufe des Jahres 2024 ein Hebesatz mitgeteilt, der nach Inkrafttreten des neuen Steuersatzes in Ansatz zu bringen wäre, um die gleichen Erträge zu erzielen, wie dies derzeit der Fall sei.

Ungeachtet dessen bestehe für die Kommunen weiterhin die Möglichkeit, die Hebesätze anzupassen, um zusätzliche Erträge zur Sicherstellung einer ausreichenden Finanzkraft zu generieren.

## **14.2 Anfrage der UWG/FW - Umsetzung der EU-Trinkwasser-Richtlinie Vorlage: SB9JR/0212/2023**

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel führt zur Beantwortung der Anfrage aus, dass die Vorgaben der EU-Trinkwasserrichtlinie hinsichtlich der Verfügbarkeit und insbesondere der Qualität in Deutschland unmittelbar umsetzbar seien, da das Niveau sehr hoch sei.

Die gewünschte Aufstellung von Trinkwasserspendern sei zur Umsetzung der Richtlinie daher kein zentraler Aspekt. Erfahrungen zeigten, dass die Kosten für Betrieb und Unterhaltung etwaiger Spender hoch seien, nicht zuletzt aufgrund unsachgemäßer Nutzungen und Schädigungen. Für das Aufstellen etwaiger Spender empfehle es sich daher, zunächst an neuralgischen und hoch frequentierten Orten eine Installation zu forcieren, ein flächendeckender Ausbau eines Netzes von Spendern solle erst mit Blick auf die zu sammelnden Erfahrungen erfolgen. Im Zuge des IHKO werde das Aufstellen eines Trinkwasserspenders im Rathauspark Osterath angedacht. Dies könnte ein erster angemessener Schritt zum Thema sein.

## **15 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle**

Der Ausschuss nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

## **16 Termin der nächsten Sitzung: 07.12.2023**

## **17 Verschiedenes**

### Aufstellen von Trinkwasserspendern

Unter Bezug auf die Ausführungen unter TOP 14.2 führen Ratsherr Peters und Ratsfrau Niegeloh aus, dass weltweit Trinkwasserbrunnen in Städten installiert würden und zahlreiche positive Erfahrungen damit einhergingen. Hinderungsgründe für ein Aufstellen auch in Meerbusch würden nicht gesehen. Die Verwaltung solle die Installation daher forcieren.

### Kommunalpolitisches Praktikum

Ratsfrau Dr. Schomberg äußert gegenüber den anderen Ratsfraktionen Kritik, dass außer ihrer Fraktion niemand an der Abschlussveranstaltung zum Kommunalpolitischen Praktikum teilgenommen habe. Zudem dankt sie der Verwaltung für die Organisation.

### Bereitstellung / Darstellung von Beratungsunterlagen in Gremiensitzungen

Ratsherr Gabernig regt an, die Tagesordnungen bzw. Beschlussvorlagen in Ausschusssitzungen für Zuschauernde zur Verfügung zu stellen, entweder durch Bereitstellung von Ausdrucken oder durch digitale Darstellung.

Bürgermeister Bommers erklärt, dass mit der digitalen Darstellung zusätzliche Koordinierungsaufwände in den Sitzungen einhergingen, die durch die anwesende Schriftführung neben der Protokollierung zu erbringen seien. Weiterhin sollten einheitliche, adäquate technische Voraussetzungen in den Sitzungsräumen vorliegen. Dies werde entsprechend hinsichtlich einer Umsetzung geprüft.

### Sondersitzung des HFWA zum Thema „Wohnungsbau“

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes kritisiert, dass keine Informationen zur Sondersitzung geäußert worden seien.

Bürgermeister Bommers führt aus, dass am Vortag bereits eine Mail mit Informationen zur Sitzung versandt worden sei. Darin sei auch über den Sitzungstermin, den 14. November, informiert worden.

Weitere Wortmeldungen bestehen nicht.

Meerbusch, den 2. Oktober 2023

---

Christian Bommers  
Bürgermeister

---

Patrick Wirtz  
Schriftführer